

**73. Beilage im Jahr 2025 zu den Sitzungsunterlagen
des XXXII. Vorarlberger Landtages**

Selbstständiger Antrag der NEOS Vorarlberg

Beilage 73/2025

An das
Präsidium des Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 30.04.2025

Betreff: Verwaltungsreform 2.0 – Endlich mehr Fortschritt wagen

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Landesregierung rühmt sich regelmäßig damit, dass Vorarlberg über eine der effizientesten Verwaltungen Österreichs verfüge.¹ Dabei wird übersehen, dass der Prozess „Zukunft der Verwaltung ein Anfang, aber kein Abschluss sein darf. Vieles wurde umgesetzt, das stimmt, aber der große Wurf in die Verwaltung 2.0 fehlt. Vielerorts blieb die Verwaltungsmodernisierung im Klein-Klein stecken, Digitalisierungsprojekte hinken der Zeit hinterher, es fehlt eine durchgängige Datenstrategie, Förderverfahren sind bürokratisch überladen, in manchen Bereichen herrschen nach wie vor schwerfällige, intransparente Prozesse. Die Realität ist: Vorarlberg ist nicht digitaler Vorreiter einer modernen Verwaltung – es ist solide verwaltet, aber strukturell überholt. Es fehlt an strategischer Steuerung, messbarem Fortschritt und einem klaren Bild davon, wie eine moderne, digitale und bürgerfreundliche Verwaltung 2025+ aussehen soll. Die Reforminitiativen „Zukunft der Verwaltung“ oder „Verwaltung digital Vorarlberg“ liefern mehr Strategiepapier als greifbare Resultate – selbst von der vielerorts angekündigten Stelle für Bürokratieabbau fehlt weiterhin jede Spur.²

Vorarlberg braucht jetzt ein echtes Update, das die Potentiale neuer Technologien ausschöpft – datenbasiert, konsequent digital, effizient und mutig. Das Ziel heute muss sein, die Servicequalität zu erhöhen, Personalressourcen zu bündeln und Verwaltung so zu gestalten, dass sie für Menschen und Unternehmen nicht zur Hürde, sondern zur Erleichterung wird.

Der Haupthebel liegt in einem entschlossenen Ausbau von E-Government, interkommunaler Zusammenarbeit und datengestützter Verwaltungssteuerung. Das kann nicht nur Bürokratie abbauen, sondern Vorarlberg als modernen, bürgernahen und wirtschaftsfreundlichen Standort sichtbar machen. Vorarlberg braucht also nicht mehr Selbstzufriedenheit, sondern mehr Fortschritt.

¹ <https://presse.vorarlberg.at/land/dist/vlk-59503.html>

² [https://agi-imc.de/VLR/vlr_gov.nsf/0/CDF8A9961217750EC1258C600052804E/\\$FILE/29.01.056%20B%C3%BCrokratieabbau%20in%20Vorarlberg%20%20zehn%20Jahre%20Ank%C3%BCndigungen%20aber%20wie%20viele%20Taten.pdf](https://agi-imc.de/VLR/vlr_gov.nsf/0/CDF8A9961217750EC1258C600052804E/$FILE/29.01.056%20B%C3%BCrokratieabbau%20in%20Vorarlberg%20%20zehn%20Jahre%20Ank%C3%BCndigungen%20aber%20wie%20viele%20Taten.pdf)

Vor diesem Hintergrund stellen wir hiermit gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgenden

ANTRAG

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

1. **Die Landesregierung wird aufgefordert, eine aktuelle und messbare Digitalisierungsstrategie „Verwaltung 2035“ vorzulegen, die insbesondere folgende Punkte umfasst:**
 - a. **Einführung eines landesweiten Kennzahlensystems zur Erfolgsmessung von Verwaltungsprozessen.**
 - b. **Konkrete Meilensteine und Umsetzungszeiträume für zentrale Digitalisierungsprojekte inkl. Serviceportal, E-Akte, Förderplattform, Robotic Process Automation (Einsatz "Bots" z.B. für Unterstützung bei Ansuchen und Bewertung von Anträgen),**
 - c. **Übersicht der digitalisierten Verwaltungsprozesse mit Zielwerten für die nächsten zehn Jahre.**
2. **Die Landesregierung wird ersucht, die Einrichtung der angekündigten Stelle für Bürokratieabbau umgehend umzusetzen und deren Aufgabenbereich öffentlich zu kommunizieren. Diese Stelle soll insbesondere:**
 - a. **Verwaltungsprozesse hinsichtlich Vereinfachungspotenzial analysieren;**
 - b. **eine unabhängige Aufgabenkritik etablieren und**
 - c. **Schnittstellen zwischen Land, Gemeinden und Bund entschlacken.**
3. **Der Landtag spricht sich dafür aus, Pilotprojekte für interkommunale Verwaltungspools in besonders belasteten Bereichen wie dem Baurecht, Meldewesen und Förderwesen zu initiieren, z. B. im Raum Dornbirn – Hohenems – Lustenau – Bregenz. Ziel ist eine effizientere Ressourcennutzung, spezialisierte Fachzentren und die Reduktion redundanter Strukturen.**
4. **Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag jährlich einen Fortschrittsbericht zur Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung vorzulegen inklusive Budget, Personaleinsatz, Zeitersparnis und Rückmeldungen sowie darüber hinaus konkrete Maßnahmen, die auf Grundlage dieser Rückmeldungen umgesetzt wurden.**

LAbg. KO Claudia Gamon MSc (WU)

LAbg. Garry Thür, lic.oec.HSG

LAbg. Fabienne Lackner